



Deutscher Berufsverband  
für Soziale Arbeit e.V.

Landesverband Berlin



Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband  
Berlin



Presseerklärung AG Weiße Fahnen, DBSH Berlin, GEW BERLIN vom 6. Juli 2018

## Die Jugendhilfe muss auch helfen können

Die Beschäftigten der Regionalen Sozialen Dienste haben heute erneut für eine bessere Ausstattung und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen protestiert. Anlässlich eines Treffens der Jugendstadträt\*innen der Berliner Bezirke mit der Staatssekretärin für Jugend und Familie, Sigrid Klebba, in der Senatsbildungsverwaltung übergaben die Kolleg\*innen der Berliner RSDs der Senatsverwaltung symbolisch ihre überfüllten Aktenordner.

Viele Probleme in den RSD könnten zeitnah durch eine Ausführungsvorschrift gelöst werden, an der die Senatsverwaltung und die Bezirke seit Jahren vergeblich arbeiten. Alleine die Verantwortung für ein Zustandekommen einer solchen Ausführungsvorschrift weisen sowohl die Bezirke als auch die Senatsverwaltung bisher von sich. Gegen diese kollektive Verantwortungslosigkeit wehren sich die GEW BERLIN, der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit und die AG Weiße Fahnen mit der gemeinsam initiierten Aktion.

Kinder, Jugendliche und deren Familien haben ein Recht auf Hilfe und Unterstützung vom Jugendamt. Dies gilt insbesondere in schwierigen Lebenslagen, in Krisen, wenn es scheinbar nicht mehr weiter geht. Gerade in Gefährdungslagen ist die intensive Zusammenarbeit mit den Familien unverzichtbar. Wer in Krisen keinen Kontakt zu Familien herstellen kann, scheitert als Kinderschützer\*in. Kontakt herzustellen erfordert jedoch Zeit, um mit den Familien und deren Netzwerken arbeiten zu können. Mehrere Gespräche mit allen Beteiligten auch zu Hause und auch mit den Kindern müssen selbstverständlich sein.

Um gut arbeiten zu können, bedarf es besserer Arbeitsbedingungen und einer ausreichenden Personalausstattung, um der ansteigenden, viel zu hohen Fallbelastung entgegenzuwirken – und es bedarf einer Jugendhilfe, die hilft.

Am 14. Mai wurden die Ergebnisse der bundesweiten Studie „Zur Situation des ASD im Jugendamt: Soziale Arbeit in strukturellen Zwängen“ von Frau Prof. Dr. K. Beckmann von der Hochschule Koblenz in Kooperation mit dem Jugendamt Mitte und der Deutschen Kinderhilfe vorgestellt. Die Bottom-Up-Studie ist die erste Studie in Deutschland, die den Status quo in deutschen Jugendämtern zeigt und mit Vermutungen und Unterstellungen aufräumt. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass strukturelle Rahmenbedingungen im System der Kinder- und Jugendhilfe eine professionelle sozialpädagogische Arbeit behindern.

Bei mehreren Kongressen erarbeiteten die Beschäftigten der Sozialen Dienste folgende Forderungen:

- Fallzahlbegrenzung von 65 Familien pro Vollzeitfachkraft, AV „RSD“ verabschieden und umsetzen
- Zeit und Raum, um Kinder umfassend am Hilfeprozess zu beteiligen
- Bessere Bezahlung um den Beruf attraktiver zu machen und höchst anspruchsvolle Arbeit wertzuschätzen – E11!
- Supervision, Fall-, Team- und Einzelsupervision
- Eine rechtliche Absicherung für die Kolleg\*innen bei Strafanzeigen
- Eine bessere personelle und technische Ausstattung
- Eine Einarbeitungszeit für Berufseinsteiger\*innen von mindestens zwölf Monaten, Mentor\*innen für ein Jahr
- Die Einrichtung einer unabhängigen Ombudstelle für Fachkräfte
- Mehr finanzielle Ressourcen zur Bewältigung der Aufgaben des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

GEW BERLIN, DBSH und AG Weiße Fahnen schließen sich diesen Forderungen an und fordern die schnellstmögliche Umsetzung.